



Wien, am Dienstag, 17. Juli 2018

# Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2022

## Wachstumskurs durch Strukturreformen stützen

Sperrfrist: Mittwoch, 18. Juli 2018, 10:00 Uhr

Gegenwärtig befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Im kommenden Jahr dürfte sich die heimische Konjunktur etwas abkühlen und die Wirtschaft auf einen soliden Wachstumspfad einschwenken. Im Zeitraum 2018 bis 2022 sollte das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1.9 % pro Jahr zulegen, nach 1.3 % in den vergangenen fünf Jahren. Die heimische Wirtschaft würde damit etwas rascher wachsen als die im Euroraum (1.7 %). Die Exportnachfrage und der solide private Konsum stützen die Konjunktur. Die Inflationsrate dürfte durchschnittlich 2.0 % betragen. Aufgrund der guten Konjunktur sollte sich die Arbeitsmarktlage weiter verbessern. Mit 7.4 % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition aber auf einem historisch hohen Niveau. Die Konjunktur und die niedrigen Zinsen ermöglichen wohl einen positiven Saldo des öffentlichen Haushalts. Diese günstigen Rahmenbedingungen sollten für notwendige Strukturreformen im öffentlichen Sektor genutzt werden.

Seit Jahresbeginn 2017 befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Der Aufschwung sollte sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen, allerdings mit merklich geringerem Tempo. Das Institut erwartet für den Zeitraum 2018 bis 2022 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 1.9 % pro Jahr. Diese mittelfristige Vorausschau übernimmt traditionell die Werte der kurzfristigen Prognose vom Juni für die ersten beiden Jahre und erweitert den Prognosehorizont um drei Jahre. Nach 2.9 % und 1.7 % in den Jahren 2018 und 2019 sollte die Wachstumsrate im restlichen Prognosezeitraum durchschnittlich 1.7 % ausmachen. Mit 1.9 % fällt das erwartete mittelfristige Wirtschaftswachstum um gut ½ Prozentpunkt höher aus als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre und etwas kräftiger als im Euroraum (1.7 %).

Als Teil der mittelfristigen Prognose ermittelt das Institut das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft, also die Wirtschaftsleistung bei Normalauslastung der Kapazitäten. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials deutlich beschleunigt. Es dürfte im Jahr 2017 um 1.7 % gestiegen sein, nach 1.6 % im Jahr 2016 und nur 1.0 % im Jahr 2015. Im Prognosezeitraum dürften die Produktionsmöglichkeiten um 1.9 % pro Jahr zunehmen. Dazu tragen das Arbeitsvolumen, die Nutzung des Kapitalstocks und der technische Fortschritt etwa im gleichen Ausmaß bei. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürften im Jahr 2017 noch um 0.3 % unterausgelastet gewesen sein. Mit dem kräftigen Aufschwung ist für 2018 und 2019 eine Überauslastung von  $\frac{3}{4}$  % zu erwarten. Ab 2020 dürfte das Bruttoinlandsprodukt laut Prognose mit geringeren Raten als das Produktionspotenzial steigen. Im Jahr 2022 sollte die Produktionslücke geschlossen sein.

Der Prognose liegt die Erwartung einer weiterhin soliden Expansion der Weltwirtschaft zugrunde. Gestützt von der Unternehmenssteuerreform sollte die US-Wirtschaft im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von knapp über 2 % erzielen. Im Euroraum sollte sich der Wirtschaftsaufschwung mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1 ¾ % fortsetzen. In den OECD-Ländern dürfte die Wirtschaft im Durchschnitt um 2 % zulegen. In den Schwellenländern bleibt das mittelfristige Wachstum voraussichtlich moderat. Mit gut 6 % dürfte der Produktionsanstieg in China um einen Prozentpunkt geringer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. Die Weltwirtschaft sollte somit um durchschnittlich 3 ½ % pro Jahr zulegen.

Im Prognosezeitraum dürfte der private Konsum in Österreich mit einem durchschnittlichen Wachstum von knapp 1 ½ % eine wesentliche Konjunkturstütze darstellen. Die weiterhin zunehmende Beschäftigung, Lohnzuwächse im Ausmaß der Produktivitätssteigerung, leicht anziehende Kapitaleinkommen sowie eine stabile Preisentwicklung treiben die Realeinkommen und tragen die Konsumententwicklung. Mit 7 % erreicht die Sparquote am Ende des Prognosezeitraums wieder das Niveau der Jahre vor der Steuerreform 2016.

Seit 2016 expandieren die Bruttoanlageinvestitionen sehr kräftig, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen verzeichnen einen Boom. Die ausgezeichnete Konjunktur, eine hohe Kapazitätsauslastung, die günstigen Finanzierungsbedingungen und zu Beginn wohl auch der Bedarf an Ersatzinvestitionen trieben diese Entwicklung. In den kommenden Jahren sollte sich die Konjunkturdynamik etwas abschwächen; die anderen Einflussfaktoren für die Investitionsentscheidungen werden aber wohl günstig bleiben. Insgesamt sollte sich die Investitionsdynamik daher merklich verlangsamen, insbesondere bei den Ausrüstungen, aber doch solide bleiben. Somit erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Anlageinvestitionen von 2 ¼ % pro Jahr. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dabei um 2 ½ % pro Jahr zulegen. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 1 ¾ % expandieren die Bauinvestitionen merklich stärker als in den vergangenen fünf Jahren. Hierbei sollten auch die aufgrund des Zuzugs erhöhte Wohnbaunachfrage und die verbesserte Budgetsituation der öffentlichen Haushalte unterstützend wirken.

Nach einer längeren Schwächephase hat sich seit dem Jahr 2016 der Welthandel wieder belebt, die Handelsintensität bezogen auf das globale Wachstum hat jedoch nicht mehr die Werte von vor der Wirtschaftskrise erreicht. Vor dem Hintergrund des robusten Wachstums der globalen Wirtschaft wird für den Welthandel eine durchschnittliche Ausweitung um 3 ¾ % pro Jahr erwartet. Dabei wird unterstellt, dass es zu keiner weiteren Eskalation des Handelskonflikts kommt. Im Einklang mit der Dynamik der Exportmärkte werden die heimischen Exporte laut Prognose um durchschnittlich 3 ¾ % expandieren, wobei die Warenexporte mit gut 4 % etwas schneller wachsen. Die im Vergleich mit den vergangenen fünf Jahren etwas höhere Exportdynamik und die stabile Binnenachfrage implizieren ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtimporte von knapp 3 ½ %, nach gut 3 % in den letzten fünf Jahren. Von der Außenwirtschaft geht somit im Prognosezeitraum ein positiver Wachstumsbeitrag (0.4 Prozentpunkte pro Jahr) aus.

Für die Jahre 2018 bis 2022 erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von 2.0 %. Im Vergleich mit den vergangenen fünf Jahren sollte sich damit der Preisauftrieb etwas verstärken, was primär auf die verbesserte Konjunktursituation und den stärkeren internationalen Preisauftrieb zurückgeht. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen sowie den Lohnstückkosten nur moderate Impulse ausgehen. Dies impliziert, dass im Jahr 2022 die heimische Inflationsrate jener im Euroraum entspricht.

Die Hochkonjunktur hat zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage geführt. Die Beschäftigung nimmt kräftig zu und seit dem Vorjahr sinkt auch die Arbeitslosenzahl. Mit der Eintrübung der Konjunktur im Laufe des Prognosezeitraums wird das Beschäftigungswachstum zwar etwas an Tempo verlieren, mit einer durchschnittlichen Zunahme um 1 ¼ % sollte die Beschäftigungsnachfrage aber kräftig bleiben. Das Wachstum des Arbeitskräfteangebots dürfte sich aus demografischen Gründen verlangsamen. Ausgehend von 8.5 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 7.4 % zurückgehen. Laut Eurostat-Definition dürfte die Arbeitslosenquote 5.0 % betragen. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen abzielen, sowie eine weitere Verringerung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit wären geeignete Maßnahmen, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken.

Das ausgezeichnete konjunkturelle Umfeld sowie die niedrigen Finanzierungskosten lassen erwarten, dass die öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum Überschüsse erwirtschaften können. Laut Einschätzung des Instituts dürfte der Maastricht-Saldo des Gesamtstaates bis zum Jahr 2020 annähernd ausgeglichen sein, in den Jahren 2021 und 2022 könnten leichte Überschüsse von 0.3 % bzw. 0.4 % des BIP erzielt werden. Das Institut begrüßt eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist hierbei positiv zu erwähnen. Ansatzpunkte für weitere Reformschritte stellen die Entlastung mittlerer Einkommen, Maßnahmen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie eine weitere Senkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit dar. Diese Maßnahmen müssen aber gegenfinanziert werden, da die hohe Staatsverschuldung zurückgeführt werden sollte und insbesondere die Kosten, die aus der Alterung der Bevölkerung resultieren, die öffentlichen Budgets mittelfristig merklich belasten werden. Gegenwärtig wäre der richtige Zeitpunkt, um Strukturreformen anzugehen, etwa in den Bereichen Pensionen, Finanzausgleich und Gesundheit. Durch diese Reformen sollten die vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich gehoben werden. So könnten etwa durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und eine Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten im Rahmen der Reform des Finanzausgleichs die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Maßnahmen zur Reduktion der Verwaltungskosten im Sozialversicherungsbereich sind zwar positiv zu beurteilen, lösen aber nicht die Kompetenzprobleme bei der Gesundheitsfinanzierung („Finanzierung aus einer Hand“). Im Hinblick auf die Budgetstruktur wäre eine stärkere Priorisierung zukunftsorientierter öffentlicher Ausgaben erforderlich (etwa in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung). Die Mittel müssen aber auf jeden Fall effizient eingesetzt werden. So sind etwa Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz der eingesetzten Mittel insbesondere im Bildungswesen angezeigt. Österreich kann seine Rolle als Hochlohnstandort mittelfristig nur beibehalten, wenn Innovationen und der Aufbau von Humankapital gefördert werden.

Im Vergleich zur mittelfristigen Prognose vom Juli 2017 haben die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur merklich zugenommen. Das zentrale Risiko stellt gegenwärtig eine Eskalation des Handelskonflikts dar. Die US-Regierung ist auf einen protektionistischen Kurs eingeschwenkt und hat Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt. Zusätzlich erwägt die US-Regierung Einfuhrzölle auf Kraftfahrzeuge. Die EU und China haben daraufhin ihrerseits Straffzölle auf ausgewählte amerikanische Produkte verhängt. Eine weitere Ausweitung der Handelsbeschränkungen würde den Welthandel merklich belasten. Neben den negativen Folgen für die Weltkonjunktur könnte aufgrund einer verringerten Investitionstätigkeit und eines damit einhergehenden langsameren Wachstums

der totalen Faktorproduktivität auch das Produktionspotenzial der Weltwirtschaft mittelfristig leiden. Ein weiteres Prognoserisiko stellen die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dar. Ein starker Einbruch der britischen Wirtschaft oder deutlich verringerte Handelsbeziehungen aufgrund eines „harten“ Brexit würden wohl auf die Wirtschaftsleistung im restlichen Europa drücken. Risiken gehen auch vom Tempo der Normalisierung der Geldpolitik aus. Der notwendige Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte Anspannungen auf den Finanzmärkten auslösen, insbesondere in den Schwellenländern. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte könnte zu einer deutlichen Erhöhung der Energiepreise führen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass insbesondere die US-Konjunktur merklich nachlassen könnte. Die demografische Entwicklung und der Fachkräftemangel sprechen gegen eine weitere Konjunkturbeschleunigung in Deutschland. Andererseits könnte eine Lösung des Handelskonflikts die Wirtschaftsstimmung wieder verbessern und die Weltkonjunktur weiter antreiben. Davon würde auch die österreichische Wirtschaft profitieren, und die gegenwärtige Hochkonjunkturphase könnte in eine Verlängerung gehen.

In einem Sonderkapitel der Prognose wird der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union behandelt. Dieses Thema verdient aus der Sicht des Instituts in der gegenwärtigen Situation aus verschiedenen Gründen eine vertiefende Analyse. Zunächst ist dies darin begründet, dass in der zweiten Jahreshälfte 2018 die EU-Ratspräsidentschaft durch die österreichische Bundesregierung übernommen wurde. Dieser obliegt es somit, das Themenfeld der EU-Finanzierung voranzutreiben. Des Weiteren fällt durch den Brexit ein großer Nettozahler in das EU-Budget weg, was zu einer Budgetlücke und der Möglichkeit grundsätzlicher Umgestaltungen im EU-Budget führt. Der neue MFR legt im Wesentlichen fest, wie die Struktur der EU-Finanzierung für den Zeitraum 2021 bis 2027 aussehen wird. Eng mit dieser Finanzierungsstruktur sind auch die Aufgaben verknüpft, welche die EU in diesem Zeitraum erbringen kann. Die starke Fixierung auf Nettozahlerpositionen in den Budgetverhandlungen verhindert allerdings einen rationalen Diskurs über eine effiziente Aufgabenzuweisung an die EU. Die Folge ist daher eine deutliche Diskrepanz zwischen den in der Realität an die EU delegierten Aufgaben und solchen, welche diese optimalerweise erfüllen sollte. Beispielsweise übernimmt die EU viele Aufgaben, die dem Subsidiaritätsprinzip zuwiderlaufen und nur geringen europäischen Mehrwert schaffen. Besonders deutlich wird dies an der Gemeinsamen Agrarpolitik, dem größten Budgetposten im EU-Haushalt, für dessen Übertragung auf die europäische Ebene es wenig evidenzbasierte Argumente gibt. Im Gegenzug ist die Mittelzuweisung für Programme mit klarem europäischem Mehrwert (z.B. Asyl- und Flüchtlingspolitik, Verteidigungspolitik) gering.

---

**Rückfragehinweis:**

Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)  
Josefstädter Straße 39, 1080 Wien  
Fax: 01/59991-162 — <http://www.ihs.ac.at> — ZVR-Zahl: 06620797

Prof. Dr. Martin Kocher, [direktion@ihs.ac.at](mailto:direktion@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-125  
Dr. Helmut Hofer, [helmut.hofer@ihs.ac.at](mailto:helmut.hofer@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-251  
Dr. Klaus Weyerstraß, [klaus.weyerstrass@ihs.ac.at](mailto:klaus.weyerstrass@ihs.ac.at), Tel.: 01/59991-233  
Paul Glück (Public Relations), [glueck@paulglueck.com](mailto:glueck@paulglueck.com), Tel.: +43 660 150 5001

---

## Wichtige Prognoseergebnisse

### Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2008-2012	2013-2017	2018-2022
Bruttoinlandsprodukt, real	0.6	1.3	1.9
Privater Konsum, real	0.9	0.7	1.4
Bruttoinvestitionen insgesamt, real	-0.8	2.4	2.5
Bruttoanlageinvestitionen, real	-0.2	2.1	2.3
Ausrüstungsinvestitionen, real	1.0	3.4	2.6
Bauinvestitionen, real	-1.6	0.6	1.8
Inlandsnachfrage, real	0.6	1.4	1.6
Exporte i.w.S., real	1.2	2.8	3.8
Waren, real (laut VGR)	1.3	2.5	4.1
Reiseverkehr, real (laut VGR)	0.1	2.1	1.4
Importe i.w.S., real	1.3	3.1	3.4
Waren, real (laut VGR)	1.4	2.4	3.4
Reiseverkehr, real (laut VGR)	-1.6	2.1	1.1
Unselbständig Aktiv-Beschäftigte	1.0	1.2	1.3
Arbeitslosenquote: Nationale Definition <sup>*)</sup>	6.8	8.5	7.5
Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition <sup>*)</sup>	4.7	5.6	5.0
Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten	2.2	2.0	2.5
Preisindex des BIP	1.7	1.7	1.8
Verbraucherpreisindex	2.2	1.5	2.0
Budgetsaldo Maastricht in % des BIP <sup>*)</sup>	-3.2	-1.6	0.2
3-Monats-Euribor <sup>*)</sup>	1.7	-0.0	0.3
10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen <sup>*)</sup>	3.4	1.0	1.4

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

<sup>\*)</sup> absolute Werte

## Internationale Rahmenbedingungen

### Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

	2013 – 2017	2018 – 2022
Welthandel	2.6	3.7
BIP, real		
Deutschland	1.7	1.6
Italien	0.3	1.1
Frankreich	1.2	1.6
Vereinigtes Königreich	2.2	1.4
Schweiz	1.6	1.8
USA	2.2	2.1
Japan	1.3	0.9
China	7.1	6.1
Polen	3.2	3.4
Slowakei	3.0	3.6
Tschechien	2.8	3.0
Ungarn	3.2	3.0
Slowenien	2.4	3.4
MOEL-5*)	3.1	3.3
Bulgarien	2.7	3.3
Rumänien	4.5	3.8
Kroatien	1.6	2.8
Russland	0.2	1.8
Euroraum	1.5	1.7
NMS-6*)	3.2	3.3
EU-28	1.7	1.9
OECD	2.1	2.0
Welt	3.5	3.6
Österreichische Exportmärkte	3.8	3.9
USD/EUR Wechselkurs**)	1.20	1.16
Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**)	72.2	70.0

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

\*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

\*\*\*) absolute Werte